

EP/ EU-Haushalt 2011

Straßburg, 15.12.2010

Jutta HAUG:
"Monatliches Haushaltsgeld verhindert"

EU-Haushalt für 2011 verabschiedet

Mit der heutigen Zustimmung zum Haushaltskompromiss hat das Europäische Parlament einen möglichen Übergangshaushalt mit Zwölfstelregelung für 2011 abgewendet und die Finanzierung wichtiger europäischer Vorhaben sichergestellt.

Für **Jutta HAUG**, Vizepräsidentin des Haushaltsausschusses, war die Annahme aus drei Gründen möglich. Die im März verabredeten Prioritäten wie Bildung, Jugend und Forschung konnten budgetär unterfüttert und vor dem Sparwillen der Mitgliedstaaten gerettet werden. Für die SPD-Europaabgeordnete sind das Politikbereiche, die für eine ordentliche Gestaltung der Zukunft und Erfüllung der EU2020-Ziele notwendig sind. Sollten die Mittel nicht reichen, hat aber der Rat bereits jetzt zugestimmt, in einem zügigen Verfahren weitere Mittel zur Verfügung zu stellen. "Es wird also nicht so knapp gegessen, wie gekocht wurde."

Die Bereitschaft der aktuellen und der vier künftigen EU-Ratspräsidentschaften, das Europäische Parlament bei der Ausgestaltung der nächsten Finanziellen Vorausschau einzubeziehen, ist für **Jutta HAUG** ein positives Signal: "Mit dieser Zusage haben wir die Kommunikationsverweigerer im Rat umkurvt." Allerdings werde damit auch deutlich, dass der Rat keine einheitliche Institution ist, sondern aus 27 Mitgliedstaaten mit jeweils nationalen Einzelinteressen besteht – eine Zusammenarbeit nur in Einzelfragen, aber nicht für ein gemeinsames, solidarisches Europa gewünscht sei.

Die Initiative der Europäische Kommission, im Sommer 2011 einen legislativen Vorschlag zur Reform der Eigenmittel vorzulegen, begrüßte die SPD-Haushaltsexpertin ausdrücklich, da sich die Mitgliedstaaten so einer Debatte um die künftige Finanzierung der EU mit dem Parlament stellen müssen. "Wir Sozialdemokraten werden dann seriös und konstruktiv die Debatte um die Einführung einer Finanztransaktionssteuer als Lenkungsinstrument führen", so **Jutta HAUG**.

Weiteren Verhandlungsbedarf gibt es bei der Forderung des Europäischen Parlaments nach mehr Flexibilität für die verbleibenden drei Jahre der jetzigen Finanzperiode und die Finanzierung des Großprojekts Kernfusionsreaktor ITER.

"Wir haben uns zwar nicht 100%ig mit unseren Forderungen durchgesetzt", ist das ehrliche Fazit von **Jutta HAUG** nach den ersten Haushaltsverhandlungen unter dem Lissabon-Vertrag, "doch konnten wir dem Ansinnen des Rates für ein NON-Europe eine klare Abfuhr erteilen."

Für weitere Informationen: Abgeordnetenbüro Haug +33 3 881 77595 und Algara Stenzel (Pressesprecherin) +32 473 930 060 (GSM).

PRESSMITTEILUNG